Öffentliche Bekanntmachung – Allgemeinverfügung

Die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn erlässt auf Grundlage der §§ 16 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3, Abs. 7, 5a Abs. 4a, 3 Nr. 10 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) vom 28.07.2011 (BGBl. I S.1690), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 08.05.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 151) i. V. m. § 12c Abs. 2a Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) vom 07.07.2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.02.2025 (BGBl. 2025 I Nr. 51) folgende

Veränderungssperre

I.

1. Zur Sicherung des im Rahmen des Umweltberichts zum Bundesbedarfsplan 2023-2037/2045 gemäß § 12c Abs. 2a EnWG für das Vorhaben Nr. 82 (Ovelgönne / Rastede / Wiefelstede / Westerstede – Bürstadt) der Anlage zu § 1 Abs. 1 des Bundesbedarfsplangesetzes (BBPlG) (fortan: Vorhaben Nr. 82), sowie für die am 01.03.2024 im Netzentwicklungsplan 2023-2037/2045 bestätigten Maßnahmen DC 35, NOR-x-4 und NOR-x-8, sogenannter „Rhein-Main-Link“, (Az. 6.02.00.02/23-2-0#4 vom 31.05.2024) ermittelten Präferenzraums für die spätere Planfeststellung der Energieleitungen wird eine Veränderungssperre erlassen.

Die Veränderungssperre erstreckt sich räumlich auf den kartografisch entsprechend ausgewiesenen Bereich des Präferenzraums in der Gemeinde Diemelsee und in der Stadt Korbach im Landkreis Waldeck-Frankenberg (Hessen).

Für den nördlichen Geltungsbereich sind folgende Flurstücke von der Veränderungssperre erfasst:

Gemeinde Diemelsee,
Gemarkung Wirmighausen,
Flur 17,
Flurstück 85/48 teilweise,

Flur 18,
Flurstücke 7, 14, 28, 34/15 vollständig sowie 5, 6, 8, 9, 12/3, 16, 17, 18, 22, 24, 25, 26, 27/8, 31/13, 33/3, 35/15, 36/15 jeweils teilweise,

Flur 19,
Flurstück 31 vollständig sowie 32 teilweise,

Gemeinde Diemelsee,
Gemarkung Flechtdorf,
Flur 3,
Flurstück 13 vollständig sowie 9/2, 9/3, 9/4, 10, 12, 14/1, 15/1, 26, 27, 29/1, 28/3 jeweils teilweise,

Flur 4,
Flurstücke 69/5, 87/31 jeweils teilweise.

Für den südlichen Geltungsbereich sind folgende Flurstücke von der Veränderungssperre erfasst:

Gemeinde Diemelsee,

Gemarkung Flechtdorf,
Flur 6,
Flurstücke 5/3, 41/11, 41/12, 41/13 vollständig sowie 1/1, 5/2, 5/4, 7/1, 18/1, 18/4, 18/6, 40/3, 41/10, 41/14, 42, 65/2 jeweils teilweise,

Stadt Korbach,
Gemarkung Helmscheid,
Flur 7,
Flurstück 35/1 vollständig sowie 34/1, 35/2, 53/10, 75/34 jeweils teilweise.

Im Übrigen wird auf die genaue Darstellung des Präferenzraums im Bereich des Landkreises Waldeck-Frankenberg auf der Internetseite der Bundesnetzagentur www.netzausbau.de/vorhaben82 Bezug genommen. Diese ist inklusive der als Anlage beigefügten kartografischen Darstellung des Gebietes, auf das sich die Veränderungssperre erstreckt, Bestandteil dieser Verfügung. Die Grenzen des Geltungsbereichs der Veränderungssperre sind der kartografischen Darstellung zu entnehmen. Sie sind durch eine gelbe Umstrichelung gekennzeichnet.

Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre dürfen

- keine Vorhaben oder baulichen Anlagen verwirklicht werden, die einer Verwirklichung der jeweiligen Stromleitung entgegenstehen, und

- keine sonstigen erheblichen oder wesentlich wertsteigernden Veränderungen am Grundstück oder an baulichen Anlagen auf dem Grundstück durchgeführt werden.

2. Die Veränderungssperre gilt am 20.06.2025 als bekannt gegeben. Die Bekanntmachung erfolgt in örtlichen Tageszeitungen, die in dem Gebiet verbreitet sind, auf das sich die Veränderungssperre voraussichtlich auswirken wird, und auf der Internetseite der Bundesnetzagentur.

Die Veränderungssperre ist auf fünf Jahre befristet.

3. Für die Allgemeinverfügung werden Kosten nicht erhoben.

II.
Sachverhalt

Im Rahmen der Erstellung des Umweltberichts zum Bundesbedarfsplan 2023-2037/2045 (Az. 6.02.00.02/23-2-0#4) vom 31.05.2024 ist für das Vorhaben Nr. 82 sowie für die Maßnahmen DC 35, NOR-x-4 und NOR-x-8 ein Präferenzraum ermittelt worden.

Ein Präferenzraum ist gemäß § 3 Nr. 10 NABEG ein durch die Bundesnetzagentur ermittelter und dem Umweltbericht nach § 12c Abs. 2 EnWG zugrunde gelegter Gebietsstreifen, der für die Herleitung von Trassen im Sinne des § 18 Abs. 3c NABEG besonders geeignete Räume ausweist. Dabei handelt es sich um einen mäandrierenden circa fünf bis zehn Kilometer breiten Gebietsstreifen (BT-Drs. 164/22, S. 54).

Enthält der nach § 12b Abs. 5 EnWG vorgelegte Netzentwicklungsplan eine Neubaumaßnahme zur Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragung, die noch nicht im Netzentwicklungsplan bestätigt wurde und für die keine Bündelungsoption nach § 12b Abs. 3a EnWG besteht, hat die Bundesnetzagentur anhand von vorhandenen Daten zur großräumigen Raum- und Umweltsituation für diese Maßnahme einen Präferenzraum im Sinne des § 3 Nr. 10 NABEG zu ermitteln und dem Umweltbericht zugrunde zu legen. Für länderübergreifende, landseitige Teile von Offshore-Anbindungsleitungen ist dies gemäß § 12c Abs. 2a Satz 2 EnWG optional.

Gemäß § 12c Abs. 2a Satz 7 EnWG ist auch für Maßnahmen, für die ein Bundesfachplanungsverfahren notwendig ist und bei denen noch kein Antrag auf Bundesfachplanung gestellt wurde, ein Präferenzraum durch die Bundesnetzagentur zu ermitteln, wenn dies der Vorhabenträger bis zum 11.06.2023 beantragt. Bei der Präferenzraumermittlung hat die Bundesnetzagentur gemäß § 12c Abs. 2a Satz 8 EnWG zu berücksichtigen, ob eine spätere gemeinsame Verlegung mehrerer Neubaumaßnahmen im Sinne von § 12c Abs. 2a Satz 1 EnWG im räumlichen und zeitlichen Zusammenhang ganz oder weit überwiegend sinnvoll erscheint.

Für Vorhaben, für die ein Präferenzraum ermittelt wurde, entfällt gemäß § 5a Abs. 4a NABEG die Bundesfachplanung, sodass ein Antrag auf Planfeststellungsbeschluss ohne ein zuvor durchlaufenes Bundesfachplanungsverfahren zulässig ist.

Der durch die Bundesnetzagentur ermittelte Präferenzraum bildet die Grundlage für die in Abschnitt 3 des NABEG geregelten nachfolgenden Planfeststellungsverfahren, in denen bestimmt wird, wo genau innerhalb des Präferenzraums eine Höchstspannungsleitung gebaut werden darf. Eine Prüfung von Trassenalternativen außerhalb des ermittelten Präferenzraums ist gemäß § 18 Abs. 3c Satz 2, Abs. 3a Satz 2 - 4 NABEG nur aus zwingenden Gründen durchzuführen.

Bei Vorhaben Nr. 82 handelt es sich um ein als Erdkabel zu realisierendes, länderübergreifendes Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragung-Leitungsvorhaben nach § 2 Abs. 1 NABEG, dessen energiewirtschaftliche Notwendigkeit sowie dessen vordringlicher Bedarf im Bundesbedarfsplan nach § 12e Abs. 4 Satz 1 EnWG festgestellt wurden. Mit dem Erlass des Bundesbedarfsplangesetzes durch den Bundesgesetzgeber stehen die Anfangs- und Endpunkte der künftigen Vorhaben fest.

Das Vorhaben Nr. 82 wurde bereits am 14.01.2022 als Maßnahme „DC 34“ im Netzentwicklungsplan 2021-2035 bestätigt. Es erfolgte vorerst jedoch kein Antrag auf Bundesfachplanung. Am 01.06.2023 stellte der Vorhabenträger, die Amprion GmbH (fortan: Vorhabenträger), für das Vorhaben Nr. 82 sowie die Maßnahmen DC 35, NOR-x-4 und NOR-x-8 des Netzentwicklungsplan 2023-2037/2045 einen Antrag auf Präferenzraumermittlung gemäß § 12c Abs. 2a Satz 7 EnWG bzw. regte eine Ermessenausübung gemäß § 12c Abs. 2a Satz 2 EnWG an.

Mit dem am 20.07.2024 in Kraft getretenen Gesetz zur Änderung des Bundesbedarfsplangesetzes (BGBl I Nr. 239 vom 19.07.2024) wurden die Maßnahmen DC 35, NOR-x-4 und NOR-x-8 als Vorhaben Nr. 82a (Ovelgönne/Rastede/Wiefelstede/Westerstede – Hofheim am Taunus), Vorhaben Nr. 82b (Grenzkorridor N-III – Kriftel) und Vorhaben Nr. 82c (Grenzkorridor N-III – Bürstadt/Biblis/Groß-Rohrheim/Gernsheim/Biebesheim am Rhein) (fortan: Vorhaben Nr. 82a, 82b, 82c) in die Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPlG aufgenommen. Aufgrund der planerischen Konkretisierung der Offshore-Erzeugungsflächen wurden die Maßnahmen NOR-x-4 und NOR-x-8 in der Folgezeit zudem in „NOR-16-3“ und „NOR-16-5“ umbenannt.

Auch bei Vorhaben Nr. 82a (Maßnahme DC 35) handelt es sich um eine länderübergreifende Höchstspannungs-Gleichstromverbindung nach § 2 Abs. 1 NABEG, deren energiewirtschaftliche Notwendigkeit und deren vordringlicher Bedarf im Bundesbedarfsplan nach § 12e Abs. 4 Satz 1 EnWG festgestellt wurde. Auch enthielt der Entwurf des Netzentwicklungsplans 2023-2037/2045 dieses Vorhaben als Maßnahme „DC 35“, die zunächst noch nicht im Netzentwicklungsplan 2023-2037/2045 bestätigt war und für die keine Bündelungsoption bestand. Deshalb hatte die Bundesnetzagentur nach § 12c Abs. 2a Satz 1 EnWG den Präferenzraum zu ermitteln.

Bei Vorhaben Nr. 82b (Maßnahme „NOR-16-3“) sowie Vorhaben Nr. 82c (Maßnahme „NOR-16-5“) handelt es sich um Neubaumaßnahmen für den länderübergreifenden landseitigen Teil einer Offshore-Anbindungsleitung nach § 2 Abs. 1 NABEG, dessen energiewirtschaftliche Notwendigkeit und dessen vordringlicher Bedarf im Bundesbedarfsplan nach § 12e Abs. 4 Satz 1 EnWG festgestellt wurden. Hinsichtlich der Präferenzraumermittlung steht der Bundesnetzagentur gemäß § 12c Abs. 2a Satz 2 EnWG ein Ermessen zu, wovon die Bundesnetzagentur Gebrauch gemacht und Präferenzräume ermittelt hat.

Gemeinsam mit den am 01.03.2024 im Netzentwicklungsplan 2023-2037/2045 bestätigten Maßnahmen DC 35, NOR-16-3 und NOR-16-5 (die durch das Gesetz zur Änderung des Bundesbedarfsplangesetzes als Vorhaben Nr. 82a, 82b und 82c in das BBPlG aufgenommen werden) bildet das Vorhaben Nr. 82 den sog. „Rhein-Main-Link“. Im Rahmen dessen ist geplant, drei Erdkabel pro Vorhaben (insgesamt zwölf) in jeweils einem Graben parallel zueinander verlaufen zu lassen.

Am 16.11.2023 veröffentlichte die Bundesnetzagentur einen Entwurf zum Umweltbericht, einschließlich der vorläufig ermittelten Präferenzräume. Die Konsultation hierzu endete am 29.01.2024. Anschließend wurde der Präferenzraum im Sinne des § 3 Nr. 10 NABEG für Vorhaben Nr. 82 (sowie für die Maßnahmen DC35, NOR-x-4 und NOR-x-8) abschließend ermittelt und im Rahmen des Umweltberichts am 31.05.2024 auf der Internetseite der Bundesnetzagentur www.netzausbau.de/vorhaben82 veröffentlicht. Gemäß §§ 5a Abs. 4a, 16 Abs. 7 NABEG entfällt somit die Bundesfachplanung für das Vorhaben. Daher kann die Bundesnetzagentur nach § 16 Abs. 7 NABEG ab Abschluss der Entwicklung des Präferenzraums Veränderungssperren erlassen.

Am 27.06.2024 hat der Vorhabenträger einen Antrag auf Planfeststellungsbeschluss gemäß § 19 NABEG a.F. gestellt.

Ferner hat der Vorhabenträger mit Antrag vom gleichen Tag verlangt, dass das Verfahren gemäß § 35 Abs. 6 NABEG in der bis zum 29.12.2023 geltenden Gesetzesfassung des NABEG zu führen ist. Auch hat der Vorhabenträger am 27.06.2024 beantragt, das Vorhaben Nr. 82 mit den Vorhaben Nr. 82a, 82b und 82c, die parallel zum Vorhaben Nr. 82 gebaut werden und verlaufen sollen, gemäß § 26 NABEG zu verbinden. Für die Vorhaben Nrn. 82b und 82c sind nur deren südlichen Bestandteile Teil des bei der Bundesnetzagentur anhängigen Planfeststellungsverfahrens: Für Vorhaben Nr. 82b ist dies der Bestandteil „Ovelgönne/Rastede/Wiefelstede/Westerstede – Kriftel“. Für Vorhaben Nr. 82c der Bestandteil „Ovelgönne/Rastede/Wiefelstede/Westerstede – Bürstadt/Biblis/Groß-Rohrheim/Gernsheim/Biebesheim am Rhein“.

Der durch die Bundesnetzagentur ermittelte Präferenzraum enthält das Gebiet der Gemeinde Diemelsee und der Stadt Korbach im Landkreis Waldeck-Frankenberg. Innerhalb des Präferenzraums verbleiben in diesem Bereich lediglich eingeschränkte Möglichkeiten für die Trassierung. Dies hat folgende Gründe:

Auch wenn der Präferenzraum auf der Höhe der Gemeinde Diemelsee und der Stadt Korbach mit bis zu 22 km verhältnismäßig breit ist, ist eine Trassierung erheblich eingeschränkt. Zum einen sind die erheblichen Einschränkungen auf das Fließgewässer Twiste mit dem tief einschneidenden Tal, das sich im Osten des Präferenzraums befindet, zurückzuführen. In die Twiste münden natürliche und naturnahe Bereiche von Quellgerinnen und Bächen, die gesetzlich geschützte Biotope sind. Auf der Höhe des Ortsteils Wirmighausen der Gemeinde Diemelsee befinden sich zudem Wasserschutzgebiete Zone II, das Naturschutzgebiet „Auf der Buchenlied bei Wirmighausen“ und weiter südlich mehrere Industrie- und Gewerbeflächen. Auch ist der Bereich von Vorranggebieten für Forstwirtschaft sowie Stromleitungen (Mittelspannungsfreileitungen) geprägt. Insbesondere der Bereich nördlich des Ortsteils Flechtdorf der Gemeinde Diemelsee ist dicht bewaldet.

Zum anderen sind östlich des Ortsteils Flechtdorf zwei Vorranggebiete für Windenergienutzung gelegen, die die Platzverhältnisse weiter einschränken. Für diese Flächen bestehen einerseits Planungsabsichten mehrerer Windenergieanlagen-Betreiber für den Bau neuer Anlagen bzw. das Repowering alter Anlagen. Andererseits befinden sich einige Windenergieanlagen im Genehmigungsverfahren, sind genehmigt worden oder wurden bereits in Betrieb genommen. Insbesondere hat die Anlagenbetreiberin VERBUND Green Power Deutschland GmbH am 31.01.2024 beim Regierungspräsidium Kassel die Errichtung und den Betrieb einer Windenergieanlage im Bereich der Vorschlagstrasse des Rhein-Main-Link und damit auch im Geltungsbereich dieser Veränderungssperre beantragt. Auch wurde die Öffentlichkeitsbeteiligung in dem Genehmigungsverfahren zu der Windenergieanlage abgeschlossen. In dieser Sache ist daher mit einer unmittelbar bevorstehenden Entscheidung der Genehmigungsbehörde zu rechnen.

Innerhalb des Bereichs des nördlichen Vorranggebiets für Windenergienutzung besteht zudem der Bebauungsplan Nr. IV/4 „Photovoltaikanlage - Am gelben Stuken“. Zwischen dem Ortsteil Flechtdorf und dem südlichen Vorranggebiet für Windenergienutzung befindet sich zudem eine Industrie- und Gewerbefläche mit südlich angrenzenden PV-Freiflächenanlagen. Im Süden des Ortsteils Flechtdorf liegt zudem eine Siedlungsfläche („Hof Erleheim“) und innerhalb des Präferenzraums verläuft von Nord-West nach Süd-Ost die Landesstraße L3076. Südlich des Ortsteils Helmscheid, auf dem Gebiet der Stadt Korbach, befindet sich zudem ein Wasserschutzgebiet Zone II. Insgesamt verbleiben in diesem Bereich nur wenige Flächen mit geringen Raumwiderständen.

Mit Abschluss der Präferenzraumermittlung und dem Antrag auf Planfeststellung liegen für den Bereich der Gemeinde Diemelsee und der Stadt Korbach drei Vorschläge des Vorhabenträgers für einen konkreten Verlauf der Trasse vor - ein Trassenvorschlag und zwei Trassenalternativen.

Entlang der nördlichen Grenze des Präferenzraums sowie der Wasserschutzgebiete Zone II verläuft der Trassenvorschlag nach Westen und knickt nach Süden ab. Von Norden kommend umgeht der Trassenverlauf das Naturschutzgebiet „Auf der Buchenlied bei Wirmighausen“ und schwenkt sodann nach Westen. Dabei quert der Trassenvorschlag zwar das nördliche Vorranggebiet für Windenergienutzung und den Standort der geplanten Windenergieanlage der VERBUND Green Power Deutschland GmbH, umgeht aber dadurch Industrie- und Gewerbeflächen sowie mehrere Vorranggebiete für Forstwirtschaft. Auch werden die Mindestabstände zu den bestehenden Windenergieanlagen im Rahmen der Planungen zur Feintrassierung berücksichtigt. Der Trassenvorschlag umgeht auch das Gewässer Twiste mit dem topographisch anspruchsvollen Tal und die gesetzlich geschützten Biotope im Osten des Präferenzraums. Aufgrund des Bebauungsplans „Photovoltaikanlage - Am gelben Stuken“ ist zudem ein Verschwenken der Trasse nach Osten eingeschränkt. Sodann verläuft der Trassenvorschlag weiter Richtung Süden und entlang der im Westen gelegenen Industrie- und Gewerbeflächen sowie die südlich daran angrenzenden PV-Freiflächenanlagen. Um möglichst weitere Vorranggebiete für Forstwirtschaft, gesetzlich geschützte Biotope sowie ein Wasserschutzgebiet Zone II zu umgehen, knickt der Trassenvorschlag nach Westen ab und verläuft zwischen den Siedlungsflächen des Ortsteils Flechtdorf und des Ortsteils Helmscheid. Auf der Höhe des Ortsteils Helmscheid verläuft der Trassenvorschlag am Rande des südlichen Vorranggebiets für Windenergienutzung. Schließlich führt der Trassenvorschlag an einer Siedlungsfläche („Hof Erleheim“) entlang und quert in geschlossener Bauweise die Landesstraße L3076.

Zudem identifiziert der Vorhabenträger innerhalb des Präferenzraums folgende Trassenalternativen: Die im Norden gelegene Trassenalternative setzt auf der Höhe des Ortsteils Wirmighausen an, verläuft dann in östlicher Richtung parallel zum Trassenvorschlag. Dadurch werden sowohl die von der VERBUND Green Power Deutschland GmbH geplante Windenergieanlage als auch mehrere gesetzlich geschützte Biotope umgangen. Entlang einer Industrie- und Gewerbefläche knickt die Trassenalternative nach Westen ab und trifft weiter südlich wieder auf den Trassenvorschlag.

Die südliche Trassenalternative setzt auf der Höhe des Ortsteils Flechtdorf an, verläuft nach Westen und knickt leicht nach Norden ab. Nordöstlich der Landesstraße L3076 schwenkt die Trassenalternative nach Süden. Dadurch umgeht die Trassenalterative zwar das im Süden befindliche Vorranggebiet für Windenergienutzung. Gleichwohl fällt der Verlauf des Trassenvorschlags geradliniger und kürzer gegenüber der Trassenalternative aus. Zudem befindet sich die Trassenalternative näher am Ortsteil Flechtdorf, wodurch Siedlungserweiterungen eingeschränkt werden könnten und quert eine Kompensationsfläche (Extensivierung von Grünland). Da im Bereich der südlich gelegenen Alternative keine weiteren erheblichen Einschränkungen der Trassierung sowie Raumwiderstände gegeben sind, werden mit der Veränderungssperre nur der Trassenvorschlag und die im Norden gelegene Trassenalternative gesichert.

Sollten weder der Trassenvorschlag noch die Trassenalternativen realisiert werden können, bestünden lediglich längere, konfliktreichere bzw. eingriffsintensivere Möglichkeiten, im Bereich der Gemeinde Diemelsee und der Stadt Korbach innerhalb des Präferenzraums zu trassieren.

Das Verlassen des Präferenzraumes hätte weiträumige Umtrassierungen und somit einen längeren Trassenverlauf sowie zusätzliche Flächeninanspruchnahmen zur Folge.

Die Anlagenbetreiberin VERBUND Green Power Deutschland GmbH wurde mit Schreiben vom 15.04.2025 unter Fristsetzung bis zum 06.05.2025 Gelegenheit gegeben, sich zu dem Entwurf der Veränderungssperre zu äußern. Die Anlagenbetreiberin hat hiervon keinen Gebrauch gemacht.

III.
Begründung

Der Erlass der Veränderungssperre beruht auf § 16 NABEG.

Die Bundesnetzagentur ist gemäß § 31 Abs. 1 NABEG i. V. m. § 16 Abs. 1 Satz 1 NABEG für den Erlass der Veränderungssperre zuständig.

Die VERBUND Green Power Deutschland GmbH (vertreten durch die Geschäftsführung) wurde vor Erlass der Veränderungssperre gemäß § 28 Abs. 1 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.2003 (BGBl. I S.102), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15.07.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 236) angehört. Von der Anhörung nach § 28 VwVfG soll gemäß § 16 Abs. 3 Satz 2 NABEG abgesehen werden. Hierbei handelt es sich um eine Soll-Vorschrift, von der die Bundesnetzagentur aufgrund von besonderen Umständen im Einzelfall abweichen kann (vgl. BT-Drs. 230/23, S.149). Die Anhörung ist vorliegend nach den Umständen des Einzelfalls geboten:

Die VERBUND Green Power Deutschland GmbH hat am 31.01.2024 die Errichtung und den Betrieb einer Windenergieanlage beim Regierungspräsidium Kassel beantragt. Zudem wurde die Öffentlichkeitsbeteiligung abgeschlossen. Daher ist mit einer unmittelbar bevorstehenden Entscheidung zu rechnen.

Die Allgemeinverfügung ist in einer nach § 37 Abs. 2 und 3 VwVfG zulässigen Form ergangen.

Um den gemäß § 12c Abs. 2a EnWG entwickelten Präferenzraum abzusichern, ist der Erlass der Veränderungssperre in dem unter I Ziff. 1 genannten Umfang erforderlich.

Die Veränderungssperre setzt nach § 16 Abs. 1 Satz 1, Abs. 7 NABEG voraus, dass die Entwicklung des Präferenzraums abgeschlossen ist, dass für die Leitung ein vordringlicher Bedarf im Sinne des Bundesbedarfs festgestellt wird und dass anderenfalls die Möglichkeit besteht, dass die Trassierung der darin zu verwirklichenden Leitung erheblich erschwert wird.

Die Entwicklung des Präferenzraums ist für das Leitungsvorhaben mit Veröffentlichung des Umweltberichts am 31.05.2024 abgeschlossen worden. Für die Vorhaben ist durch gesetzliche Regelung ein vordringlicher Bedarf im Sinne des Bundesbedarfs festgestellt worden, § 1 Abs. 1 BBPlG. Die Vorhaben Höchstspannungsleitung Ovelgönne/Rastede/Wiefelstede/Westerstede – Bürstadt, Ovelgönne/Rastede/Wiefelstede/Westerstede – Hofheim am Taunus, Grenzkorridor N-III – Kriftel sowie Grenzkorridor N-III – Bürstadt/Biblis/Groß-Rohrheim/Gernsheim/Biebesheim am Rhein sind als Vorhaben Nr. 82, 82a, 82b und 82c in der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPlG aufgeführt.

Ohne die Veränderungssperre besteht die Möglichkeit, dass die Trassierung der darin zu verwirklichenden Leitung erheblich erschwert wird. Dabei ist – vor dem Hintergrund des Beschleunigungsgedankens, der Tatsache, dass die Präferenzraumermittlung an die Stelle der Bundesfachplanung tritt bzw. auch der Präferenzraum gleichermaßen gesichert werden soll (vgl. BT-Drs. 20/7310, S.128) – der Wertungsmaßstab, der für die Bundesfachplanung gilt, heranzuziehen:

Aus dem Zweck des § 16 NABEG, das Leitungsvorhaben zu sichern und dem Charakter des § 16 Abs. 1 Satz 1 NABEG als Inhalts- und Schrankenbestimmung des Art. 14 Abs. 1 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) ist zu folgern, dass eine Veränderungssperre dann erlas-

sen werden kann, wenn sich eine potenziell plangefährdende Maßnahme in jenem Bereich abzeichnet, der im Trassenkorridor für eine mögliche Trasse in Betracht kommt. Da aber bereits die Möglichkeit einer erheblichen Erschwerung ausreicht, sind keine zu strengen Anforderungen zu stellen (BT-Drs. 19/7375, S. 76). Es genügt bereits die Möglichkeit, dass die an den festgelegten Trassenkorridor gebundene Trassierung durch neue tatsächliche oder rechtliche Hindernisse erheblich erschwert wird. Dieser weite Maßstab ist abzuleiten aus § 1 Abs. 1 Satz 1 BBPIG, mit dem für die Vorhaben des Bundesbedarfsplans die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf zur Gewährleistung eines sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs konstatiert wird. Das Planfeststellungsverfahren für die vordringlich zu realisierenden Vorhaben soll gesichert und auch verhindert werden, dass der für die Planung zur Verfügung stehende Raum durch die Vorhabenrealisierung beeinträchtigende Maßnahmen verengt wird. Es reicht dabei, wenn solche Maßnahmen nicht völlig ausgeschlossen bzw. fernliegend sind (BVerwG, Beschl. v. 29.07.2021, 4 VR 8.20, Rn. 20; BVerwG, Urt. v. 22.02.2022 – 4 A 6.20 – NVwZ 2022, 1640 Rn. 27).

Im hier vorliegenden Bereich sind Möglichkeiten für die Trassierung durch die Vorranggebiete für Forstwirtschaft, das Gewässer Twiste mit dem topographisch anspruchsvollen Tal, die Vorranggebiete für Windenergienutzung, die geplanten, beantragten oder auch genehmigten Windenergieanlagen und die Siedlungsbereiche erheblich eingeschränkt. Die Errichtung weiterer baulicher Anlagen, die Vornahme sonstiger erheblicher bzw. wesentlich wertsteigernden Veränderungen würde eine Trassierung in diesem Bereich wesentlich erschweren oder gar unmöglich machen. Um die Möglichkeit einer durchlaufenden Trassenführung sicherzustellen, müssen die bislang noch zur Verfügung stehenden Passageräume von baulichen Anlagen, sonstigen erheblichen bzw. wesentlich wertsteigernden Veränderungen freigehalten werden.

Sowohl im nördlichen als auch im südlichen Teil der von der Veränderungssperre erfassten Flächen sind Möglichkeiten für die Trassierung in dem bis zu 22 km verhältnismäßig breiten Präferenzraum gleichwohl aufgrund des morphologisch anspruchsvollen Geländes im Bereich des Gewässers Twiste sowie der Voranggebiete für Forstwirtschaft, der Vorranggebieten für Windenergienutzung und der Windenergieanlagen im Planungs- und Genehmigungsverfahren erheblich erschwert. Insbesondere im Bereich des Trassenvorschlags ist die Errichtung und der Betrieb einer Windenergieanlage beantragt, deren Genehmigungs-Entscheidung unmittelbar bevorsteht. Als weiteres Hindernis präsentieren sich mehrere Siedlungsflächen im Bereich der Gemeinde Diemelsee und der Stadt Korbach (Ortsteile Wirmighausen und Flechtdorf der Gemeinde Diemelsee und der Ortsteil Helmscheid der Stadt Korbach). Östlich des Ortsteils Flechtdorf steht ein ausreichend breiter Korridor zur Verfügung. Deshalb wird die Veränderungssperre für den konfliktreichen nördlichen Teil des Trassenvorschlags bzw. für die nördlich gelegene Trassenalternative und den konfliktreichen südlichen Teil des Trassenvorschlags erlassen.

Aufgrund der hohen Anzahl von Flächen, die mit konkurrierenden Raumnutzungen belegt sind, ist eine konfliktarme Trassenführung nur auf den gesicherten Flächen möglich. Neben dem vorliegend gesicherten Trassenvorschlag ergeben sich innerhalb des Präferenzraumes für den Bereich der Gemeinde Diemelsee und der Stadt Korbach zwei Trassenalternativen. Die nördlich gelegene Trassenalternative umgeht gegenüber dem Trassenvorschlag den Standort der von der VERBUND Green Power Deutschland GmbH geplanten Windenergieanlage und gesetzlich geschützte Biotope. Aus diesem Grund wird auch diese Trassenalternative durch die Veränderungssperre gesichert. Gegenüber dem Trassenvorschlag hat die südlich gelegene Trassenalternative einen längeren und geschwungenen Verlauf. Auch rückt die Trassenalternative näher an den Ortsteil Flechtdorf heran, wodurch Siedlungserweiterungen eingeschränkt werden könnten und quert eine Kompensationsfläche. Gleichwohl sind in dem Bereich dieser Trassenalternative keine weiteren erheblichen Raumwiderstände gegeben, weshalb diese Trassenalternative nicht von der Veränderungssperre erfasst ist.

Es könnte zwar angedacht werden, den Präferenzraum zu verlassen. Eine Prüfung von Trassenalternativen außerhalb des ermittelten Präferenzraums ist gemäß § 18 Abs. 3c Satz 2, Abs. 3a Satz 3 NABEG jedoch nur aus zwingenden Gründen durchzuführen. Ein Verlassen des Präferenzraumes hätte zudem

weiträumige Umtrassierungen und somit einen erheblich längeren Trassenverlauf sowie zusätzliche Flächeninanspruchnahmen zur Folge.

Aufgrund der vorliegend dargestellten räumlichen Situation innerhalb dieses Teils des Präferenzraums sowie der damit einhergehenden erheblichen Erschwerung der Trassierung der darin zu verwirklichenden Leitung ist eine Veränderungssperre zur Sicherung des ermittelten Präferenzraumes erforderlich. Die Errichtung weiterer baulicher Anlagen bzw. Vornahme sonstiger erheblicher bzw. wesentlich wertsteigernden Veränderungen, die die bereits nur eingeschränkt zur Verfügung stehenden Passageräume gänzlich schließen, muss verhindert werden.

Sind die Tatbestandsvoraussetzungen des § 16 Abs. 1 Satz 1, Abs. 7 NABEG erfüllt, steht es im Ermessen der Bundesnetzagentur, über den Erlass einer Veränderungssperre zu entscheiden. Dieses wurde hier im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und insbesondere dem Regelungszweck entsprechend ausgeübt. Folgende Erwägungen hat die Bundesnetzagentur angestellt:

Gemäß § 12e Abs. 4 Satz 1 EnWG wird mit Erlass des Bundesbedarfsplans für die darin enthaltenen Vorhaben die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt.

Die Bestimmung der Präferenzräume geschieht zur Erfüllung der in § 1 Abs. 1 EnWG genannten Zwecke, eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität sicherzustellen, die zunehmend auf erneuerbaren Energien beruht. Der Netzausbau kann dadurch behindert oder wesentlich erschwert werden, dass nach Entwicklung des Präferenzraums auf den Flächen der Präferenzräume Veränderungen vorgenommen werden, die der Verwirklichung der Vorhaben zuwiderlaufen. Die Veränderungssperre nach § 16 NABEG wirkt dem entgegen, indem sie für den festgesetzten Abschnitt der Präferenzräume eine Sperrwirkung begründet. Die Veränderungssperre dient somit der Sicherung der im Rahmen des Umweltberichts zum Bundesbedarfsplan 2023-2037/2045 ermittelten Präferenzräume für die spätere Planfeststellung der Höchstspannungsleitungen nach den §§ 18 ff. NABEG. Die mit Erlass der Veränderungssperre einhergehenden Bau- und Veränderungsverbote führen dazu, den Präferenzraum von baulichen Anlagen bzw. erheblichen bzw. wesentlich wertsteigernden Veränderungen freizuhalten und damit die Trassierung des Leitungsvorhabens innerhalb des festgelegten Präferenzraums entsprechend § 18 Abs. 3c NABEG zu ermöglichen.

Die Veränderungssperre stellt für die Eigentümer und sonstige dinglich Berechtigte eine Inhalts- und Schrankenbestimmung im Sinne des Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG und damit einen Eingriff in das Eigentumsgrundrecht dar. Es handelt sich um schwerwiegende Beschränkungen der Nutzungsmöglichkeiten der betroffenen Grundstücke. Zugleich lässt die Veränderungssperre die Erforderlichkeit gemeindlicher Bauleitplanungen gemäß § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB innerhalb ihres Geltungsbereiches entfallen und kann insoweit das Interesse der Gemeinde Diemelsee und der Stadt Korbach in ihrer Planungshoheit berühren. Die Grundrechtsrelevanz der Veränderungssperre wurde durch die Bundesnetzagentur ermittelt und in die Ermessensentscheidung einbezogen. Der Erlass der Veränderungssperre ist mit Blick auf das gesamtstaatliche Interesse an der Vorhabenrealisierung und das entsprechende Sicherungsinteresse jedoch ermessensgerecht und die hiermit einhergehenden Eingriffe in das Eigentum und sonstige Rechte stellen sich schließlich als verhältnismäßig dar: Eine sichere Energieversorgung ist von überragender Bedeutung für das gesamtstaatliche Gemeinwohl. Deshalb muss schnellstmögliche Rechts- und Planungssicherheit erzielt werden (BT-Drs. 19/7375, S. 76). Um diese Sicherheit zu gewährleisten, stellt die Veränderungssperre ein legitimes Mittel dar.

Die Veränderungssperre im Bereich der Gemarkungen Wirmighausen und Flechtdorf in der Gemeinde Diemelsee und der Gemarkung Helmscheid in der Stadt Korbach ist geeignet, die Trassierung für das Vorhaben zu sichern. Die mit Erlass der Veränderungssperre einhergehenden Bau- und Veränderungsverbote führen dazu, den bislang noch trassierbaren Bereich innerhalb des Präferenzraums von planungsgefährdenden Veränderungen freizuhalten und damit die Trassierung des Leitungsvorhabens zu ermöglichen.

Ferner ist die Veränderungssperre erforderlich, um die Trassierung zu ermöglichen. Zur Verwirklichung des gesetzlichen Auftrags zum zügigen Ausbau des Netzes und der damit einhergehenden Gewährleistung der Versorgungssicherheit gemäß § 1 Abs. 1 EnWG ist der Vorhabenträger auf die Sicherung von Passageräumen für eine spätere Trassierung angewiesen.

Aufgrund der hohen Dichte an Planungshindernissen, die in diesem Präferenzraumbereich kaum Spielraum für eine Trassierung belassen, können bereits einzelne und vermeintlich geringfügige bauliche oder sonstiger erheblichen bzw. wesentlich wertsteigernden Veränderungen innerhalb der bislang noch zur Verfügung stehenden Passageräume die Realisierung des Leitungsvorhabens insgesamt gefährden. Gerade mit Blick auf die bereits ausgewiesenen Siedlungsflächen der von der Veränderungssperre erfassten Bereichen, besteht die nicht nur entfernte Möglichkeit, dass diese Siedlungsflächen in planungsgefährdender Form erweitert werden. Zudem ist in von § 35 BauGB erfassten Bereichen die privilegierte Errichtung von baulichen Anlagen möglich. Es besteht die Möglichkeit der Errichtung weiterer baulicher Anlagen und erheblichen bzw. wesentlich wertsteigernden Veränderungen, die die Passageräume weiter einengen oder gänzlich schließen. Insbesondere kann aufgrund der gesetzlichen Privilegierung nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB nicht ausgeschlossen werden, dass neue Windenergieanlagen beantragt oder auch genehmigt werden.

In diesem Zusammenhang ist die Planung und Errichtung von Windenergieanlagen bzw. Repowering-Maßnahmen relevant. Sowohl die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen bzw. Repowering-Maßnahmen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2023) als auch die Errichtung und der Betrieb von Stromleitungen gemäß § 1 Abs. 2 Satz 1 NABEG liegen im überragenden öffentlichen Interesse. Dem gesetzgeberischen Willen ist kein Vorrang für die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Nutzung von Windenergie zu entnehmen. Durch die Veränderungssperre soll die nachfolgende Planfeststellung gesichert werden. Der mit dem Erlass der Veränderungssperre verfolgte Zweck ist hier mit Blick auf die eingeschränkte Rechtswirkung der Veränderungssperre aufgrund einer Einzelfallabwägung vorrangig. Nach § 16 Abs. 1 Satz 3 NABEG ist die Veränderungssperre auf einen Zeitraum von fünf Jahren zu befristen und daher nur temporärer Natur. Nach Ablauf dieser Frist bzw. wenn die Voraussetzungen für eine Veränderungssperre nicht mehr vorliegen, sind die gesicherten Flächen nutzbar, sodass in Teilbereichen Windenergieanlagen – je nach technischer Ausgestaltung und unter Beachtung der erforderlichen Mindestabstände – ggf. errichtet werden können.

Auch dient der Rhein-Main-Link der großräumigen Erhöhung der Übertragungskapazität aus Niedersachsen in das Rhein-Main-Gebiet, um den von Offshore-Windparks erzeugten Strom zu transportieren und dadurch das Übertragungsnetz für die zukünftig steigenden Stromflüsse zu verstärken. Dies entspricht dem gesetzgeberischen Ziel der Energiewende und der Klimaneutralität. Nach § 1 Abs. 1 EEG 2023 hat der Gesetzgeber die Transformation zu einer nachhaltigen und treibhausgasneutralen Stromversorgung, die vollständig auf erneuerbaren Energien beruht, im Interesse des Klima- und Umweltschutzes als Ziel verankert. Auch § 1 Abs. 1 EnWG verfolgt den Zweck, eine sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente, umweltverträgliche und treibhausgasneutrale leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität, Gas und Wasserstoff, die zunehmend auf erneuerbaren Energien beruht, zu ermöglichen. Ferner sieht § 3 Abs. 1 Nr. 2 Klimaschutzgesetz (KSG) vor, die Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Jahr 1990 bis zum Jahr 2040 um mindestens 88 Prozent zu mindern. Der Rhein-Main-Link ist eines der zentralen Netzausbauprojekte, um Deutschland bis 2045 klimaneutral mit Energie zu versorgen. Zwar erfolgen die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen bzw. auch die Durchführung von Repowering-Maßnahmen auch im Zuge der gesetzlich verankerten Energiewende. Dem Rhein-Main-Link kommt jedoch eine weitreichendere, gesamtgesellschaftliche Bedeutung zu. Auch deshalb ist der Erlass der Veränderungssperre zur Sicherung der Errichtung der Stromleitungen im Rahmen einer Einzelfallabwägung vorrangig. Es gilt zu berücksichtigen, dass die Vorhaben des Rhein-Main-Links sowie seine Start- und Endpunkte gesetzlich verankert sind. Die Vorhaben müssen realisiert werden. Zwischen den Start- und Endpunkten (Netzverknüpfungspunkte) gilt es, eine Trassierung zu finden. Der auf Basis der Netzverknüpfungspunkte ermittelte Präferenzraum darf nur aus zwingenden Gründen verlassen werden (§ 18 Abs. 3c Satz 2 i.V.m. Abs. 3a Satz 3 NABEG). Damit einhergehend ist eine Einschränkung der planerischen Flexibilität festzustellen. Die Trassierung würde durch die entsprechenden Veränderungen deutlich erschwert oder gar unmöglich

gemacht. Sollte der Trassenvorschlag nicht realisiert werden können, müsste erörtert werden, inwiefern eine Trassierung durch andere, konfliktreichere Räume überhaupt möglich ist.

Sofern eine entsprechende Trassierung möglich wäre, wäre diese, zusätzlich auch durch die anfallende Mehrlänge, konfliktreicher als der Trassenvorschlag. Ein solches Vorgehen widerspricht den Grundsätzen der Geradlinigkeit, der Wirtschaftlichkeit sowie der möglichst frühzeitigen Inbetriebnahme (vgl. § 18 Abs. 4 Satz 2 NABEG i. V. m. § 43 Abs. 3c EnWG). Durch die Durchquerung von Flächen mit hohem Raumwiderstand (bspw. Naturschutzgebiete) bzw. eine größere Flächeninanspruchnahme würden mit hoher Wahrscheinlichkeit erheblich mehr öffentliche bzw. private Belange tangiert werden (vgl. § 43 Abs. 3 Satz 1 EnWG).

Im Übrigen wäre ein Verlassen des Präferenzraums erforderlich. Dies hätte weiträumige Umtrassierungen, einen längeren Trassenverlauf sowie zusätzliche Flächeninanspruchnahmen zur Folge. Zudem würden die erforderlichen Umplanungen mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erheblichen Verzögerungen im Planungsprozess bzw. hinsichtlich der Inbetriebnahme des Rhein-Main-Links führen. Ein solches Vorgehen widerspricht den im vorherigen Absatz genannten Grundsätzen sowie der Regelung, dass die Trassierung innerhalb des Präferenzraumes erfolgen soll (§ 18 Abs. 3c Satz 2, Abs. 3a Satz 2 - 4 NABEG).

Andere, mildere Maßnahmen, die in gleicher Weise geeignet sind, solche planungsgefährdenden Maßnahmen zu verhindern und dadurch die Trassierung innerhalb des festgelegten Präferenzraums zu sichern, sind nicht ersichtlich. Eine Beteiligung der Bundesnetzagentur im Rahmen von entsprechenden Baugenehmigungsverfahren ist gesetzlich nicht vorgesehen. Auch haben etwaige Stellungnahmen der zuständigen Vorhabenträger sowie der Bundesnetzagentur als zuständiger Genehmigungsbehörde im Rahmen von Genehmigungsverfahren nur begrenzt Einfluss auf die Genehmigungserteilung und sind insoweit nicht gleichermaßen zur Trassensicherung geeignet. Auch würden etwaige Zusicherungen oder mündliche Absprachen mit dem Grundstückseigentümer oder Nutzungsberechtigten hinsichtlich der Durchsetzbarkeit nicht den gleichen Erfolg erzielen.

Die Entschließung zu einer Veränderungssperre ist im Übrigen auch angemessen. Das mit der Veränderungssperre verfolgte Ziel der sicheren Energieversorgung ist von überragender Bedeutung für das gesamtstaatliche Gemeinwohl und steht deswegen in seiner Wertigkeit nicht außer Verhältnis zur Intensität des Eingriffs.

Da die Nutzbarkeit der Grundstücke nur im Hinblick auf die Wirkung des § 16 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 NABEG eingeschränkt wird und nicht etwa Eigentumsrechte entzogen werden, ist der Umfang der Eingriffe in qualitativer Hinsicht begrenzt. Eine Entscheidung über die Inanspruchnahme des Grundstücks durch die Trassierung geht mit der Veränderungssperre nicht einher. Die von dieser Veränderungssperre umfassten landwirtschaftlichen Flächen können während der Geltungsdauer der Veränderungssperre gleichermaßen landwirtschaftlich bewirtschaftet werden. Darüber hinaus sind die Verbotswirkungen der Veränderungssperre von vornherein auf fünf Jahre befristet, § 16 Abs. 1 Satz 3 NABEG. Bauliche Vorhaben und sonstige Nutzungen auf den Grundstücken bzw. die Genehmigung bestehender baulicher Anlagen werden insoweit nicht generell und dauerhaft ausgeschlossen. Dies führt im Vergleich zu einem dauerhaften Eingriff in das Eigentum zu einer abgeschwächten Eingriffssituation. Nach Festlegung eines konkreten Trassenverlaufs können überdies für die letztendliche Trassierung nicht mehr benötigte Teilflächen in Abstimmung mit dem Vorhabenträger für bauliche Nutzungen und für gemeindliche Planungen auch schon vor Ablauf dieser Befristung wieder freigegeben werden (vgl. § 16 Abs. 2 Satz 1 NABEG). Die Dauer der Eingriffswirkungen wird insoweit möglichst geringgehalten. Städtebauliche Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde Diemelsee und der Stadt Korbach werden zudem durch den räumlich beschränkten Geltungsbereich der Veränderungssperre nicht ausgeschlossen. Einschränkungen sind nur von befristeter Dauer. Auch wird auf die (teilweise) Aufhebung der Veränderungssperre im Falle einer anderweitigen Verwirklichung gemäß § 16 Abs. 2 Satz 1 NABEG hingewiesen. Den Interessen der Betroffenen wird zudem durch die Möglichkeit eines Antrags auf Aufhebung der Veränderungssperre wegen überwiegender Belange gemäß § 16 Abs. 2 Satz 2

NABEG hinreichend Rechnung getragen. Im Übrigen müssen die Rechte der Betroffenen unter Berücksichtigung der vorgenannten Erwägungen hinter dem Interesse einer vorläufigen Sicherung der Vorhabenrealisierung zurücktreten, die gemäß § 1 Abs. 2 Satz 1 NABEG aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Bis die Stromversorgung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, soll gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 NABEG der beschleunigte Ausbau dieser Stromleitungen und Anlagen als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführende Schutzgüterabwägung eingebracht werden. In diesem Sinne kann auch die Wertung von Art. 20a GG unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts herangezogen werden (vgl. BVerfG, Beschl. v. 24.03.2021 – 1 BvR 2656/18, Rn. 248).

Nicht nur die Entschließung (Entschließungsermessen) zu einer Veränderungssperre, sondern auch deren Umfang stehen im Ermessen der Bundesnetzagentur (Auswahlermessen). Auch dieses wurde im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben unter Berücksichtigung bereits genannten Erwägungen ausgeübt.

Sofern ein Eingriff in Art. 12 GG gegenüber den gegenwärtigen sowie künftigen Windenergieanlagenbetreibern anzunehmen wäre, wäre dieser zudem als bloße Berufsausübungsregel gerechtfertigt. Verglichen mit den gesamtgesellschaftlichen Interessen an der Vorhabenrealisierung stellt sich die – zeitlich und räumlich begrenzte – erschwerte bzw. ggfs. verunmöglichte Projektrealisierung im Bereich der Veränderungssperre aus den oben dargestellten Erwägungen als verhältnismäßig dar.

Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre beschränkt sich auf das Erforderliche und erfasst lediglich die für die Trassierung einschließlich der erforderlichen Infrastrukturquerungen bzw. Baustelleneinrichtungen notwendigen Grundstücke. Um eine geschlossene Querung der Landesstraße L3076 zu gewährleisten, sind in den betroffenen Bereichen Flächen für die Start- und Zielgruben von Bebauungen sowie erheblichen bzw. wesentlich wertsteigernden Veränderungen freizuhalten.

Im Rahmen der Anhörung der VERBUND Green Power Deutschland GmbH zu dieser Veränderungssperre sind keine weiteren Aspekte hinzugetreten, die zu einem verminderten oder geänderten Umfang der Veränderungssperre hätten führen müssen.

Mit Blick auf das frühe Planungsstadium bzw. die noch ausstehenden Prüfungen im Rahmen des sich der Präferenzraumermittlung anschließenden Planfeststellungsverfahrens, ist vorliegend ein großflächiger Geltungsbereich der Veränderungssperre notwendig, um eine Realisierung des Leitungsvorhabens innerhalb des festgelegten Präferenzraumes nicht zu gefährden. Die Festlegung auf einen konkreten (grundstücksscharfen) Trassenverlauf ist auf Grundlage der Ergebnisse der Präferenzraumermittlung noch nicht möglich. Insbesondere die bautechnischen Unwägbarkeiten gerade im Bereich der notwendigen Infrastrukturquerung der Landesstraße L3076, die erst im Rahmen der Feintrassierung geklärt werden können (u.a. Baugrunduntersuchung, Vermessung) führen zur Notwendigkeit eines weitreichenden Geltungsbereichs der Veränderungssperre. Um dieser Unwägbarkeit Rechnung zu tragen und aufgrund der notwendigen Baustelleneinrichtungsflächen für die geschlossene Querung kommt es zwar im Bereich der Landesstraße L3076 zu einem größeren Platzbedarf bzw. einer Aufweitung der Veränderungssperre über die Vorschlagstrasse hinaus, gleichwohl befinden sich die von der Veränderungssperre betroffenen Flächen weiterhin im Präferenzraum. Berücksichtigt wird zudem, dass auf diesem Abschnitt des Projektes Rhein-Main-Link, insgesamt zwölf Erdkabel für die zukünftig parallel verlaufende Vorhaben Nr. 82, 82a, 82b und 82c verlegt werden müssen und eine entsprechend weite Trasse ermöglicht werden muss. Der Vorhabenträger geht entsprechend von einem Regelarbeitsstreifen von ca. 75 m für die Verlegung der Erdkabel aus.

Der voraussichtliche Flächenbedarf könnte im Einzelfall zwar geringer sein als der zwischen einzelnen Trassierungshindernissen noch verbleibende Passageraum bzw. der gesicherte Raum. Da eine konkrete Trassierung der Erdkabel aufgrund der noch durchzuführenden weiteren Untersuchungen, die Gegenstand des an die Präferenzraumermittlung anschließenden Planfeststellungs-

verfahrens sind, bislang jedoch nicht erfolgt ist, würde eine weitere Eingrenzung der Passageräume den vorhandenengeringen Spielraum für eine Trassierung im weiteren Verfahren nehmen. Angesichts der großen Breite und des noch frühen Planungsstadiums wird seitens der Bundesnetzagentur, mit voranschreitender Planung, enger evaluiert werden, inwiefern die Veränderungssperre in der gesamten Breite weiterhin erforderlich ist und, sofern diese Erforderlichkeit nicht mehr gegeben ist, die Veränderungssperre (ggf. teilweise) aufheben (vgl. § 16 Abs. 2 Satz 1 NABEG).

Trotz der weiter westlich verlaufenden Trassenalternativen ist die Veränderungssperre zur Sicherung des Trassenvorschlags mit Blick auf die noch ausstehenden Untersuchungen im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens erforderlich, um eine Realisierung des Leitungsvorhabens innerhalb des ermittelten Präferenzraums nicht zu gefährden. Die Festlegung auf einen einzigen Trassenverlauf ist auf Grundlage der Ergebnisse der Präferenzraumermittlung nicht möglich. Die gesicherte Trassenvariante kommt nach derzeitigem Stand weiterhin ernsthaft in Betracht. Auf die (teilweise) Aufhebung der Veränderungssperre im Falle einer anderweitigen Verwirklichung gemäß § 16 Abs. 2 Satz 1 NABEG wird in diesem Zusammenhang hingewiesen.

Gemäß § 41 Abs. 4 Satz 3 VwVfG kann ein Tag für die Bekanntgabe der Veränderungssperre bestimmt werden, jedoch frühestens der auf die Bekanntmachung folgende Tag. Da die Bekanntmachung am Mittwoch, dem 18.06.2025, erfolgt, wird bestimmt, dass die Veränderungssperre am Freitag, dem 20.06.2025, als bekanntgegeben gilt. Die Bundesnetzagentur macht die Veränderungssperre gemäß § 16 Abs. 4 Satz 1 NABEG in örtlichen Tageszeitungen, die in dem Gebiet verbreitet sind, auf das sich die Veränderungssperre voraussichtlich auswirken wird, und auf der Internetseite der Bundesnetzagentur bekannt.

Die Veränderungssperre ist nach § 16 Abs. 1 Satz 3 NABEG auf fünf Jahre zu befristen. Gemäß § 16 Abs. 1 Satz 4 NABEG kann die Bundesnetzagentur die Frist um weitere fünf Jahre verlängern, wenn besondere Umstände dies erfordern.

Die Kostenfreiheit ergibt sich aus § 30 NABEG. Die Veränderungssperre zählt nicht zu den dort aufgeführten kostenpflichtigen Amtshandlungen.

Rechtsbehelfsbelehrung

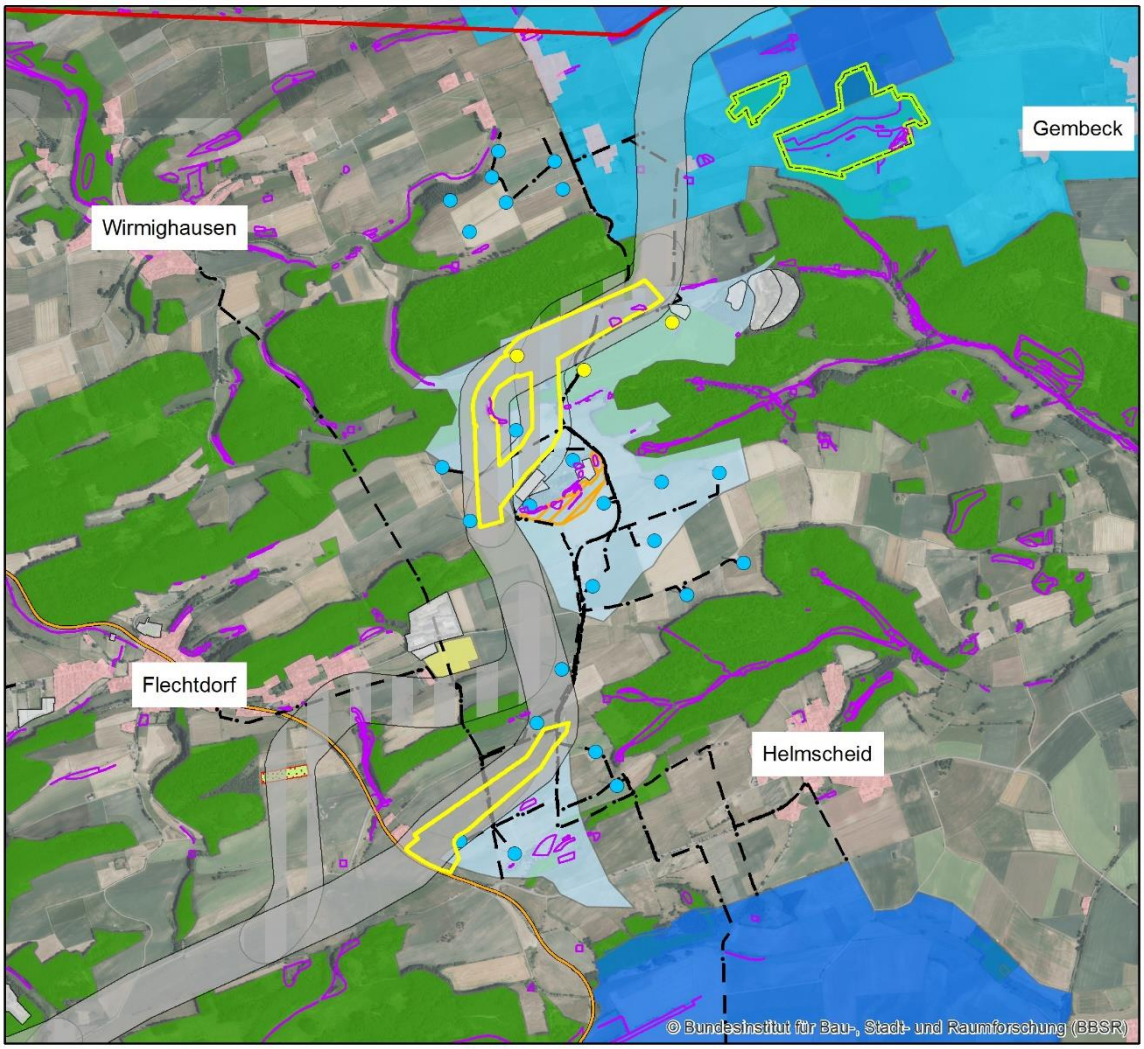
Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Bundesverwaltungsgericht Simsonplatz 1, 04107 Leipzig erhoben werden. Die Anfechtungsklage gegen den vorstehenden Bescheid hat gemäß § 16 Abs. 5 Satz 2 NABEG i. V. m. § 43e Abs. 1 EnWG keine aufschiebende Wirkung. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage gegen den vorstehenden Bescheid nach § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO kann nur innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe dieses Bescheids beim Bundesverwaltungsgericht Simsonplatz 1, 04107 Leipzig gestellt und begründet werden (§ 16 Abs. 5 Satz 2 und Satz 3 NABEG i. V. m. § 43e Abs. 1 EnWG).

Bonn, den 17.06.2025
Im Auftrag

gez.
Dr. Torsten Strothmann

Abteilung Ausbau Stromnetze, Referatsleiter 809

Anlage



Legende

- Präferenzraum
- Geltungsbereich der Veränderungssperre
- Vorschlagstrasse
- Trassenalternative
- Windenergieanlage
- Windenergieanlagen im Genehmigungsverfahren
- Stromleitung Mittelspannung
- Landesstraße L3076
- Wohn- und Mischbaufläche
- Industrie- und Gewerbefläche
- Photovoltaik Freiflächenanlage
- Bebauungsplan Photovoltaik Freiflächenanlage
- Kompenstationsfläche
- Naturschutzgebiet
- Gesetzlich geschütztes Biotop
- Vorranggebiet Windenergie-nutzung
- Vorranggebiet Forstwirtschaft

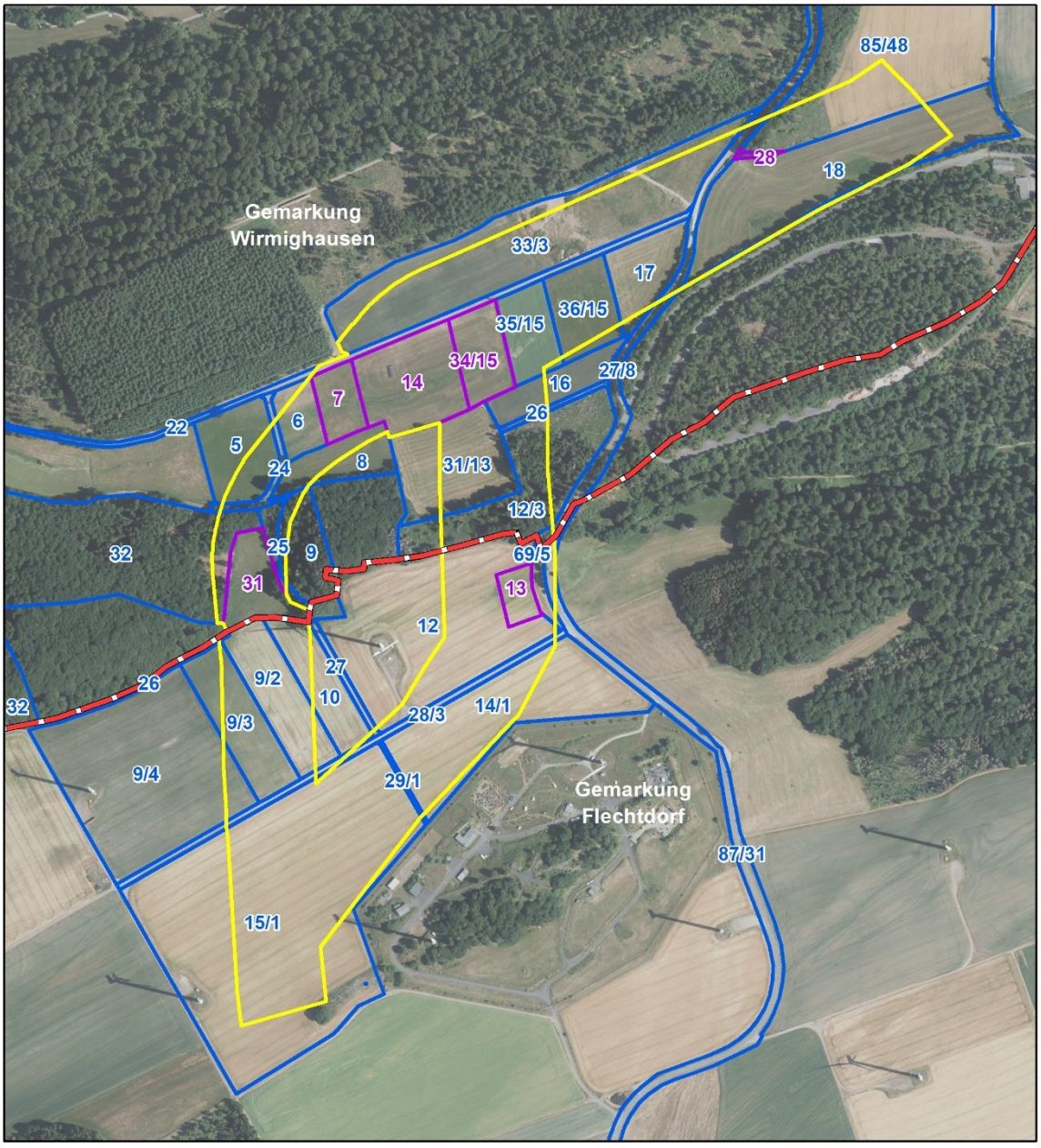
0 250 500 1.000 Meter

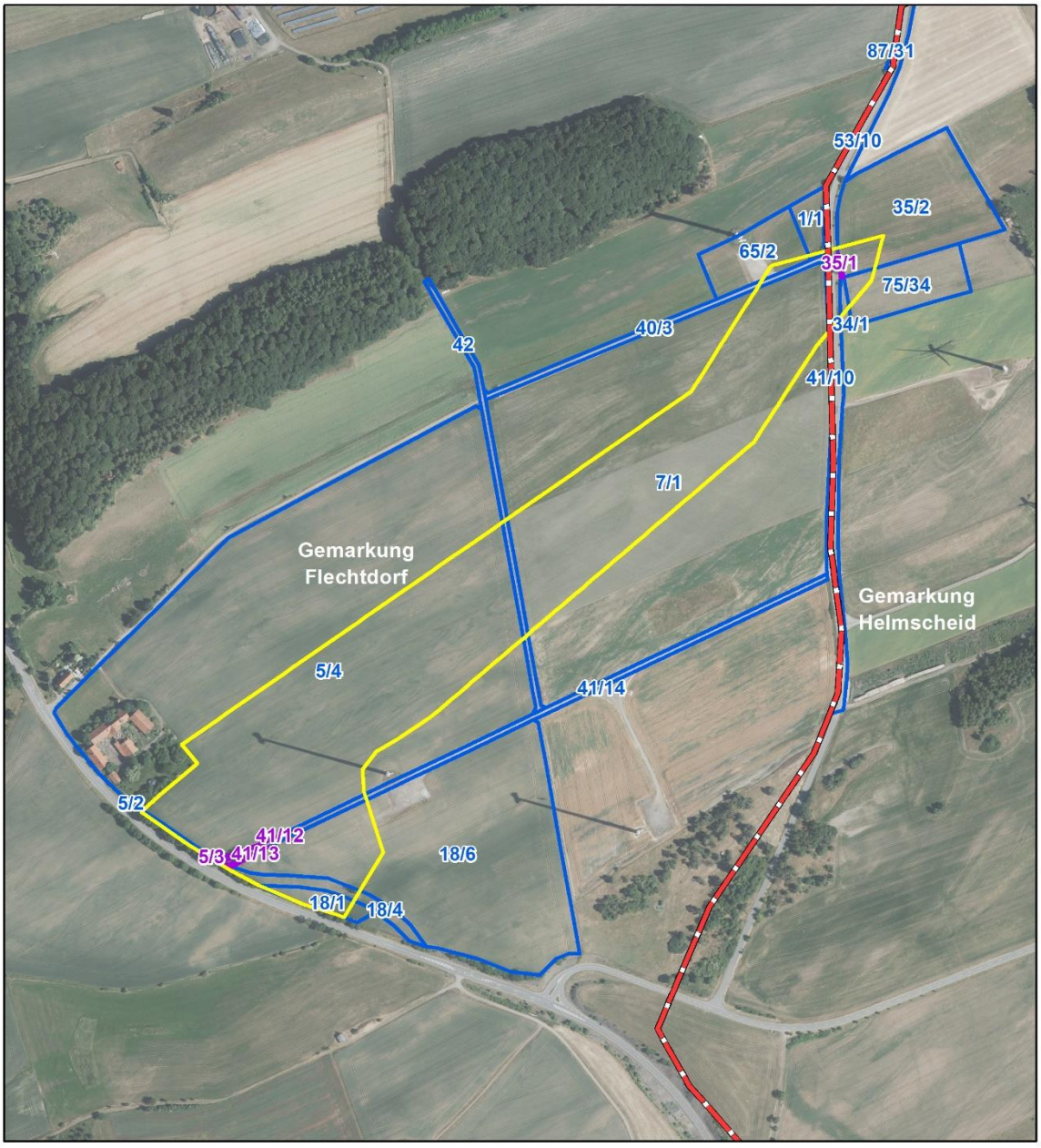
1:30.000

N

Wasserschutzgebiet

- Schutzzone I
- Schutzzone II
- Schutzzone III


85/48
28
18
Gemarkung
Wirmighausen
33/3
17
36/15
35/15
34/15
14
7
16
27/8
26
6
22
5
24
8
31/13
12/3
32
25
9
69/5
31
13
12
27
9/2
26
10
28/3
14/1
32
9/3
9/4
29/1
Gemarkung
Flechtdorf
87/31
15/1
Legende
Geltungsbereich der Veränderungssperre
Vollständig betroffene Flurstücke
Partiell betroffene Flurstücke
Gemarkungsgrenzen
0 75 150 300
Meter
1:7.000
N



Legende

- Geltungsbereich der Veränderungssperre
- Vollständig betroffene Flurstücke
- Partiell betroffene Flurstücke
- Gemarkungsgrenzen

0 62,5 125 250 Meter

1:6.000

N